

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbm d

Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen
MdB wirft dem Bundesfor-
schungsminister vor, sich um
die gesellschaftspolitische
Verantwortung zu drücken:
Riesenhuber und die Robo-
ter.

Seite 1

Renate Schmidt MdB verur-
teilt die Unions-Blockade ge-
gen einen wirksamen Tier-
schutz: Wehrmedizinische
Versuche weiterhin möglich.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB
macht darauf aufmerksam,
daß der CDU-Berichterstat-
ter im Bundestag für Kern-
energie ein Manager aus der
Atomindustrie ist: Die Äm-
ter des Dr. Warrikoff.

Seite 4

Alwin Brück MdB gedenkt
des 100. Geburtstages von
Robert Schuman: Europas
Einigung war seine Vision.

Seite 5

41. Jahrgang / 119

27. Juni 1986

Riesenhuber und die Roboter

Der high-tech-Minister drückt sich um die gesellschaftspolitische Verantwortung

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Das Tempo der Einführung von Robotern in die deutsche Industrie hat sich in den letzten Jahren deutlich beschleunigt. Zur Zeit werden etwa 10.000 Roboter eingesetzt. Bei einer jährlichen Steigerungsrate von 25 Prozent wird allgemein damit gerechnet, daß 1990 etwa 23.000 Industrieroboter in der deutschen Industrie arbeiten werden.

Forschungsminister Riesenhuber hat nun in einer von seiner Presseabteilung vorgelegten Dokumentation den „Kollegen Roboter“ als Motor für den Beschäftigungszuwachs in der deutschen verarbeitenden Industrie entdeckt, insbesondere für die Mehrbeschäftigung in der Automobilindustrie, die 60 Prozent der Industrieroboter einsetzt. Die Beschäftigtenzahl in der Automobilindustrie hat zwischen Februar 1985 und Februar 1986 um 3,3 Prozent (+ 32.000 Beschäftigte) zugenommen. Schon steht für Riesenhuber fest: „Der arbeitssparende Effekt, der beim Einsatz neuer Techniken an den einzelnen Arbeitsplätzen durchaus entstehen kann, wurde in hohem Maße überkompensiert.“

So rosig sieht dies nicht einmal die Wirtschaft selbst. Heißt es doch in einem Branchenbericht „Industrieroboter“ der Commerzbank AG: „Mit dem sich klar abzeichnenden Vordringen der intelligenten Roboter am Montageband wächst die Beschäftigungs- und Freisetzungproblematik in eine neue Dimension.“ Sieht man sich dazu die Entwicklung der Automobilindustrie in den letzten Jahren genauer an, so wird schnell klar, mit welchen Roßtäuschertricks der sonst gern auf Seriosität bedachte Forschungsminister arbeiten läßt: 1984 bis 1985 stieg die Beschäftigtenzahl in der Automobilindustrie um 23.000 (+ 2,2 Prozent). Im gleichen Zeitraum stieg aber der Umsatz der Automobilindustrie um 11,5 Prozent auf 148 Milliarden DM. Mit einer nur um 2,2 Prozent gesteigerten Belegschaft wurde also ein Plus in der Produktion von über elf Prozent erzielt.

Das in diesen Vergleichszahlen erkennbare Rationalisierungspotential führte aus zwei Gründen nicht zu Arbeitsplatzabbau:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht von
www.sdp.de/presseservice
Kontakt: 0228 219038



- Es kam wegen der günstigen Wechselkurse zu großen Exportsteigerungen deutscher Autos, vor allem in die USA. Dies gilt etwa auch für den Maschinenbau.
- Dazu unterschlägt der Forschungsminister, daß 1985 die Einführung der 38,5-Stundenwoche in der Automobilindustrie etwa den positiven Beschäftigungseffekt ausgelöst hat, den Riesenhuber den Robotern zuschieben möchte.

Ohne den Exportboom und den gegen den Widerstand der Bundesregierung durchgesetzten Einstieg in die 35-Stunden-Woche sähe die Bilanz negativ aus.

Hinzu kommt, daß bislang Industrieroboter vor allem schwere, gesundheitsgefährdende, besonders monotone und unfallträchtige Arbeiten übernehmen. Die Auswirkungen dieses Einsatzes auf die Beschäftigungszahl ist vergleichsweise gering. Die Einführung „intelligenter“, mit visuellen und tastenden Sensoren ausgestatteter Roboter der zweiten Generation, insbesondere die Montageroboter löst erheblich größere Freisetzungseffekte für die Beschäftigten aus.

Deshalb gibt es auch nach Vorlage der Dokumentation des Bundesforschungsministeriums keinen Anlaß, die Prognosen über den Beschäftigungseffekt des Robotereinsatzes in Frage zu stellen. Im Zwei-Schicht-Betrieb können durch einen Roboter bis zu sieben Arbeitskräfte eingespart werden. Einen möglichen Verlust von bis zu 200.000 Arbeitsplätzen bis 1990 steht nur die Schaffung von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen bei der Produktion und Wartung von Robotern gegenüber.

Allerdings stellen diese Berechnungen nur Potentialabschätzungen dar. Ob dieser Effekt zum Tragen kommt, hängt von ökonomischen und sozialen Bedingungen ab. Der Exportboom der deutschen Automobilindustrie ist schon jetzt rückläufig, durch Wachstumseffekte allein wird das Rationalisierungspotential der Roboter nicht aufgefangen werden. Anders sieht es mit den sozialen Bedingungen aus.

Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, daß der Bundesforschungsminister mit dem Programm Fertigungstechnik das Tempo des Robotereinsatzes beschleunigt, den Firmen Beratung beim beschleunigten Robotereinsatz aus Steuergeldern zukommen läßt, ohne daß er auch Verantwortung für eine soziale Gestaltung der Einführung von Robotern übernimmt. Demgegenüber ist festzustellen:

- Wir brauchen die Einbindung der staatlichen Förderung des Robotereinsatzes in eine beschäftigungspolitische Gesamtkonzeption, bei der Arbeitszeitverkürzung Priorität haben muß.
- Wir brauchen Mitbestimmung, damit Arbeitnehmer beim Robotereinsatz die Chancen für den Erhalt und die Schaffung humaner Arbeitsplätze nutzen können.
- Wir brauchen staatlich finanzierte Technologie-Beratung der Betriebsräte in den Branchen, in denen der Robotereinsatz gefördert wird. Das in Stuttgart arbeitende Beratungszentrum der Fraunhofer-Gesellschaft dient nur der Firmenberatung, erfüllt also diese Aufgabe offenbar nicht.

High-tech-Minister Riesenhuber schweigt hier vornehm, seine Studie will offensichtlich von seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung ablenken.

(-/27.6.1986/va-ha/rs)

* * *



Union blockiert wirksamen Tierschutz

Wehrmedizinische Versuche sind weiterhin möglich

Von Renate Schmidt MdB

Am heutigen Tag berät der Bundesrat über das bereits vom Bundestag in der vergangenen Woche gebilligte Vermittlungsergebnis zum Tierschutzgesetz. Lediglich drei der 15 von den SPD-regierten Ländern gestellten Änderungsbegehren hatten eine Mehrheit gefunden. Die weiteren Anrufungsbegehren der SPD-regierten Länder enthielten essentielle Forderungen, die aus dem Tierverwertungsgesetz ein Tierschutzgesetz gemacht hätten.

Außerordentlich wichtige Passagen wurden nicht geändert, so daß es auch weiterhin erlaubt ist, Tiere als Sachen zu behandeln. Insbesondere wird von der SPD kritisiert: 1. Der Paragraph 2 des Gesetzes schreibt die teilweise tierquälerische Massentierhaltung auch weiterhin fest; den Ländern wird sogar Handlungsspielraum genommen, den sie nach dem alten Gesetz noch hatten. 2. Tiere dürfen für nahezu jeden wissenschaftlichen Zweck mißbraucht werden. So läßt das Gesetz uneingeschränkt Tierversuche für die Grundlagenforschung zu, ebenso gibt es keinerlei Einschränkungen für Versuche zur Prüfung von Stoffen oder Produkten auf ihre gesundheitliche Unbedenklichkeit. 3. Das Gesetz enthält keinerlei wirksame Vorschriften zur Begrenzung der Leiden der Versuchstiere. 4. Eine wirksame Kontrolle für gesetzlich vorgeschriebene Tierversuche ist nicht möglich, da keine Genehmigungspflicht vorgesehen ist.

Hinzukommt 5. Die Erprobung von Waffen sowie Kosmetika und Waschmittel ist auch weiterhin möglich, auch wenn es auf den ersten Blick anders scheint. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums werden schon jetzt keine Tierexperimente zur Entwicklung von Waffen und Munition durchgeführt, sondern nur zur Abwehr solcher Bedrohungen. Von der Wehrmedizin und den dort anstehenden Versuchen ist dagegen nirgends die Rede. Wer diese nicht mit einbezieht, kann sich den Aufwand sparen. Beim öffentlichkeitswirksamen Verbot der Tierversuche für Kosmetika und Waschmittel wird die Einschränkung im Gesetz gleich mitgeliefert: Durch Rechtsverordnungen können Ausnahmen festgelegt werden. 6. Das Entnehmen von Organen und Geweben zum Zweck von Versuchen gilt künftig nicht als genehmigungspflichtiger Tierversuch. Damit soll offensichtlich die Statistik über Tierversuche beschönigt werden. Tatsache bleibt, daß Tiere aus wissenschaftlichen Gründen getötet werden und damit Experimente mit ihnen oder mit ihren Organen stattfinden.

Schließlich 7. Die Unabhängigkeit des Tierschutzbeauftragten ist absolut nicht gewährleistet, da dieser Versuche selbst durchführen darf. Wie soll der Tierschutzbeauftragte glaubhaft als neutrale Instanz walten, wenn er durch eigene Interessenlage als Experimentator eingebunden ist und diese Experimente selbst durchführen kann? 8. Die Besetzung der Ethikkommissionen benachteiligt die Tierschützer massiv, da sie von vornherein nur als Minderheit vertreten sind. Mit einer derartigen Regelung wird sicherlich nicht mehr Nachdenklichkeit über die Notwendigkeit von Tierversuchen in die Genehmigungspraxis eingebracht.

Die von den SPD-regierten Ländern und Bayern gestellten Begehren sind zwar zu begrüßen, aber bei weitem nicht ausreichend, um unsere ablehnende Haltung zum Gesetz zu verändern. Auch dem Vermittlungsergebnis konnte die SPD-Bundestagsfraktion und können die SPD-regierten Länder nicht zustimmen, da in dem wichtigen Punkt des Genehmigungsverfahrens der Gesetzestext verwässert wurde. Die Vertreter der Pharmazeutischen Industrie freuen sich bereits jetzt.

So sehr von Seiten der SPD die Verschärfungen der Richtlinien für das Schächten begrüßt werden, so wiegen die Verschlechterungen für den Tierschutz insgesamt so schwer, daß nur eine Ablehnung des gesamten Gesetzes in Frage kommt. Die SPD hält auch weiterhin an ihrer Position fest, bei Übernahme der Regierungsverantwortung das Tierschutzgesetz in Richtung auf einen tatsächlichen Tierschutz wiederum zu ändern.

Für uns ist Tierschutz Bestandteil des Natur- und Umweltschutzes. Wir nehmen mit großem Bedauern zur Kenntnis, daß selbst der Einrichtung eines „Umweltministers“ in Bonn die Zuständigkeiten für den Tierschutz wie bisher beim Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten liegen. Wir fordern, die Federführung in dieser Frage dem Umweltministerium zu übertragen. Dadurch würde ein Signal gesetzt, daß die Interessen von Industrie und Landwirtschaft nicht länger Vorrang haben vor den Interessen des Tier-, Natur- und Umweltschutzes.

(-/27.6.1986/vo-he/rs)

Die Ämter des Dr. Warrikoff

Der Atomindustrie-Chef ist zugleich CDU-Berichterstatter für den Bereich Kernenergie

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Auch einfache und normalerweise langweilige Bundestagsdrucksachen wie Ausschlußberichte können manchmal spannend sein, da sie Argumentationen und Haltungen präziser offenlegen als Reden im Plenum. Beispiel: im Bericht des Innenausschusses (Drucksache 10/5574) zum Gesetzentwurf der Grünen über die sofortige Stilllegung von Atomanlagen heißt es zur Haltung der CDU, „diese sei in keiner Weise der Auffassung, daß es sich bei der Kernenergie um eine Energieform über eine Übergangszeit handele, sondern daß dies die große Energieform der Zukunft sein werde“.

Also kein Wort von Risiken, von Problemen und von Abwägungen, wie man es beispielsweise auch vom Bundespräsidenten hört. Statt dessen platt und einfach: Kernenergie als die große Energieform der Zukunft.

Noch ein anderer Satz ist verräterisch: Die Fraktion der CDU/CSU werde den Bürgern und der Wirtschaft auch weiterhin die Gelegenheit geben, soviel Strom zu verbrauchen, wie sie wollten.

Auch hier kein Wort von den Problemen, die mit der Stromerzeugung verbunden sind und von den Auswirkungen der Stromproduktion auf die Umwelt; nicht einmal vom notwendigen Energiesparen ist die Rede.

Berichterstatter der CDU für die Kernenergie ist der Abgeordnete Dr. Warrikoff. Ein Blick ins Bundestagshandbuch genügt: Warrikoff ist Geschäftsführer der Reaktor-Brennelement Union und der Alken GmbH in Hanau. (Branche: Kernbrennstoff-Kreislauf) und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbandes Kernbrennstoff-Kreislauf.

Wer wundert sich da noch?

(-/27.6.1986/vo-he/rs)



Europas Einigung war seine Vision

Zum 100. Geburtstag von Robert Schuman

Von Alwin Brück MdB

Vielleicht ist es symbolisch: Robert Schumann, der große französische Europäer, war ein in Luxemburg geborener Lothringer. Er wuchs auf in der Kernenergie des alten Lotharingens, dem Reich des Karolingerkönigs Lothar, das große Teile des heutigen Gebietes der sechs Staaten bedeckte, die mit den Verträgen von Paris und Rom die europäische Einigung einleiteten.

Die Verträge von Paris und später die von Rom sollten Grenzen überwinden, Grenzen, die Robert Schuman in seinem Leben als schicksalhaft empfand.

Als Lothringen und das Elsaß 1871 von Frankreich an das Deutsche Reich abgetreten werden mußte, zog sein Vater nach Luxemburg, seine Verwandtschaft blieb zurück. Seine Jugend verbrachte Robert Schuman dann aber in Lothringen. Robert Schumans Aufwachsen an der Grenze zweier sich bekämpfender Kulturen und Völker und seine schicksalhafte Erfahrung eines Grenzraumes, der mit wechselnder Nationalität mal als Eroberung, mal als Zahlungsmittel von Reparationen angesehen wurde, haben seine Einstellung zu Identität und Nationalgefühl geprägt.

In seiner Politik als französischer Außenminister und als langjähriger Präsident des Europäischen Parlaments hatten für Schuman Grenzen die Bedeutung kultureller und politischer Gegebenheiten, die nicht einfach wegzudenken waren. Aber sie sollten nicht Trennungs-, sondern Berührungslinien sein, wo der ethnische, wirtschaftliche und kulturelle Austausch zustande kommt. Es war der Franzose Robert Schuman, der den Deutschen nur wenige Jahre nach dem Krieg vertrauensvoll die Hand zur Partnerschaft reichte.

Einerseits waren es sein Grenzgängertum, sein Jurastudium in Frankreich und Deutschland, seine ersten Publikationen für die Gleichstellung der Reichslande Elsaß-Lothringen mit den deutschen Bundesstaaten, aber auch seine saarländischen Freunde, die ihn bei seiner Gefährdung durch die nationalsozialistische Herrschaft im besetzten Lothringen Hilfe leisteten, andererseits war es das Großwerden in einem wirtschafts- und kriegspolitisch bedeutsamen Kohle- und Stahlfrevier mitten

in Europa, das sein späteres Engagement für die deutsch-französische Aussöhnung und eine auch friedenspolitisch wichtige gemeinsame Kohle- und Stahlpolitik begründete.

Noch heute, 35 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der ersten der drei Gemeinschaften, die heute die EG bilden - haben die Worte Robert Schumans Gültigkeit, mit denen er am 9. Mai im Uhrensaal des Quai d'Orsay in Paris den Grundstein für eine europäische Föderation legte. „Europa läßt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird nur durch konkrete Tatsachen entstehen.“

Diese damals von Schuman beschworene Solidarität der Tat ist heute bei doppelt so vielen Mitgliedstaaten wie 1951 und bei einem Wirtschaftsraum mit 320 Millionen Bürgern sicher ebenso schwer wie damals in den Anfängen der Einigung Europas. Die Probleme sind bekannt. Erst in den vergangenen Monaten hat sich sowohl bei den Verhandlungen zur Reform der europäischen Agrarpolitik als auch bei den Beratungen zur Gründung einer Europäischen Union gezeigt, daß das politische Grundproblem des Widerspruchs zwischen gemeinsamer Idee und nationalen Interessen nur mühsam überwunden werden kann.

Der Grund liegt darin, daß sich die Mitgliedstaaten von jener Eigenmobilität bedrängt fühlen, die sie selbst durch völkerrechtliche Verträge ins Leben riefen. Europäische Einigung heißt eben auch Verzicht auf Souveränität. Es lag wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im friedensfördernden Sinne Robert Schumans, daß Macht und Souveränität in Europa unter demokratischer Kontrolle gleichmäßig verteilt wird, ohne nationale Identität aufzugeben. Aus nationalem Machtverzicht sollte ein starkes, friedliches Europa aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges entstehen.

Ich meine, wir sollten uns in diesen Tagen der Feierstunden zum 100. Geburtstag Robert Schumans seiner Vision einer Völkergemeinschaft besinnen, in der neben der Wirtschaftsgemeinschaft die Interessen des Menschen im Mittelpunkt einer europäischen Politik stehen. Die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments, der gemeinsame Binnenmarkt, eine gemeinsame Währungs- und Umweltpolitik, das sind politische Ziele, die das Werk Robert Schumans fortführen und die eine Verschmelzung der Gemeinschaftsstaaten bis zu einer politischen Union herbeiführen können.

(-/27.6.1986/vc-ha/rs)

* * *

